

Brüssel, 23. Juni 2005

Pressemitteilung 33 - 2005

EU-Binnenmarkt für Verteidigungsgüter schaffen

Das Europäische Parlament hat heute in einer Anhörung über die Liberalisierung des Marktes für Verteidigungsgüter beraten. Grundlage der Beratungen ist der Vorschlag der Europäischen Kommission, die Regierungen der EU-Mitgliedsländer zu verpflichten Militäraufträge in nicht vertraulichen oder nicht sensiblen Bereichen, beispielsweise im Bereich der Instandhaltung und -setzung militärischer Gebäude, EU-weit auszuschreiben.

Ziel der diskutierten Vorschläge ist die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes auch auf dem Gebiet der Rüstungsgüter. Der südbadische CDU-Abgeordnete im Europäischen Parlament Dr. Andreas Schwab sieht hier große Möglichkeiten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Verteidigungssektors. Schwab betonte, dass davon insbesondere kleine und mittlere Unternehmen profitieren werden.

Bisher schreiben die Regierungen der EU-Staaten Dienstleistungen und Güter für ihre Streitkräfte nur im nationalen Rahmen aus. Das Europäische Parlament stimmt im November über die Vorschläge ab. Sollte es zustimmen, wird die Europäische Kommission Vorschläge für das weitere Vorgehen vorlegen.